



Presseinformation

Nr. 406 / 2012

Kiel, Donnerstag, 25. Oktober 2012

Kultur / Frauenpolitik

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Unsachliches Rowdytum

Zu den aktuellen Äußerungen der SPD-Abgeordneten Beate Raudies erklärt die kultur- und frauenpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Ich rate meiner Kollegin Raudies dringend, ihren Ton zu mäßigen, wenn sie sich gegenüber Abgeordnetenkollegen öffentlich äußert. Ein derart unsachliches Rowdytum, wie es Frau Raudies an den Tag legt, ist vielleicht durch ihre politische Unerfahrenheit zu erklären – zu entschuldigen ist es aber nicht.

Wenn Frau Kollegin Raudies mir heute vorwirft, ich habe in meiner gestrigen Pressemitteilung bei den schleswig-holsteinischen Theatern *„mehr Ausgaben“* gefordert, dann ist das schlicht falsch und entbehrt jeder Grundlage. Ganz im Gegenteil, die FDP-Fraktion weiß um die schwierige haushalterische Lage des Landes und deshalb – so erklärte ich es gestern – wäre es *„schmerzhaft aber fair gewesen“*, dies den Theatern auch zu sagen.

Noch viel schlimmer aber ist die im gestrigen *„Wedel-Schulauer-Tageblatt“* dargestellte Entgleisung meiner sozialdemokratischen Kollegin. Dass sie die von der Vorgängerkoalition angesetzten Kürzungen bei den Frauenhäusern kritisiert, ist ihr gutes Recht. Dass sie der FDP/CDU-Koalition aber menschenunwürdiges Vorgehen vorwirft und damit suggeriert, diesen schmerzhaften Schnitt hätten beide Koalitionspartner gerne getan, ist skandalös. Frau Raudies spricht damit der Vorgängerkoalition zugleich ab, nach bestem Wissen und Gewissen für das Land gehandelt zu haben. Zudem zu erklären, der FDP-Fraktionsvorsitzende setze sich mit dem gespendeten Gewinn aus der Jörg-Pilawa-Quizshow *„mit dem Not und Elend von Frauen und Kindern im Land in Szene, um der Landesregierung eins auszuwischen“* ist eine inakzeptable Grenzüberschreitung, für die sich Frau Raudies entschuldigen sollte.

Angemerkt sei auch, dass – anders als es Frau Raudies darzustellen versucht – bereits Gleichstellungsminister Emil Schmalfuß Gespräche mit allen anderen Bundesländern, speziell mit Hamburg aufgenommen hat, um einen finanziellen Ausgleich für die in Schleswig-Holstein aufgenommenen Frauen aus anderen Bundesländern zu verhandeln. All das hätte die Kollegin Raudies wissen können, wenn sie sich die Mühe gemacht hätte sich zu informieren.“

Susann Wilke, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de>

www.fdp-sh.de